

der Reduzierung der Armut zu leisten. Obwohl die staatliche Unterstützung unbedingt erforderlich und eine wichtige politische Aufgabe sei, müßten sich die armen Regionen doch in erster Linie auf die eigenen Kräfte besinnen, um das Ernährungs- und Bekleidungsproblem zu lösen.

Ministerpräsident Li Peng nannte auf der Konferenz folgende acht Maßnahmen zur Verringerung der regionalen Unterschiede:

- Die wohlhabenden und stärker entwickelten Küstenregionen und Städte sollen dazu ermutigt werden, die armen Gebieten zu unterstützen.
- Die Zentralregierung stellt ausreichende finanzielle Mittel für diese Regionen bereit.
- Diese Gebiete erhalten Vorzugsbedingungen bei wichtigen Investbauprojekten.
- Die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate werden schrittweise im Verlauf der Reformen (durch die Regierung?) rationaler gestaltet werden.
- Verbesserung der wissenschaftlichen und technischen Qualifikation der Arbeitskräfte in den armen Gebieten.
- Im Rahmen der Programme zur Unterstützung der armen Gebiete sollen neue Experimente durchgeführt werden.
- Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte zur Unterstützung der armen Gebiete.
- Die armen Regionen werden dazu ermutigt, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen.

Die Erfolge einer Region sollten Li Peng zufolge nicht nur nach der Höhe des Wirtschaftswachstum bemessen werden, sondern auch danach, wie sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert hätten. Um die im Programm zur Bekämpfung der Armut enthaltenen Ziele umzusetzen, müßten die lokalen Ebenen entsprechende Pläne ausarbeiten und jährlich ihre Realisierung überprüfen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 3.3.94, nach SWB, 18.3.94)

Nach Einschätzung des stellvertretenden Ministers der Staatlichen Planungskommission, Chen Yaobang, wird die Zentralregierung aufgrund

der Steuer- und Finanzreform auch in der Lage sein, mehr finanzielle Mittel zur Unterstützung der armen Regionen bereitzustellen. Li Lanqing, stellvertretender Finanzminister, wies auf der Konferenz darauf hin, daß das Finanzministerium in den letzten 14 Jahren insgesamt 27 Mrd. Yuan an die armen Regionen gezahlt hat. (XNA, 3.4.93)

Nach der chinesischen Definition gelten Gebiete als arm, wenn die Pro-Kopf-Jahreseinkommen der Bevölkerung unter 200 Yuan liegen. Die meisten armen Regionen liegen in den nordwestlichen Provinzen Gansu, Shaanxi und Ningxia sowie in den südwestlichen Provinzen Yunnan und Guizhou; auch einige Bergregionen in anderen Provinzen zählen zu den armen Gebieten. (XNA, 15.3.93) -schü-

Taiwan

* (27)

Aktion gegen Stimmenkäufe bei Wahlen von Parlamentssprechern auf Kreisebene

Am 1. März wurden die Sprecher und stellvertretenden Sprecher der 23 Parlamente auf Kreisebene der Provinz Taiwan einschließlich der zwei zur Provinz Fujian (Fukien) gehörenden Inseln Jinmen (Kinmen, Quemoy) und Mazu (Matsu) gewählt. Politisch haben die Kreisparlamente eigentlich keine große Bedeutung. Darüber hinaus hat die Regierungspartei KMT (Kuomintang), wie berichtet (C.a. Jan. 1994, Ü 38), bei den jüngsten Kommunalwahlen die absolute Mehrheit in allen Kreisen und kreisfreien Städten gewonnen. Das Machtstreben örtlicher Gruppierungen gestaltete jedoch auch die Wahlen der Kreisparlamentssprecher sehr spannend. In zahlreichen Kreisen und kreisfreien Städten kämpften die KMT-Kandidaten gegeneinander. Um Zwischenfälle bei den Wahlen zu verhindern, wurden 5.000 Polizisten, davon allein 2.000 im besonders kritischen Kreis Yunlin, mobilisiert. Zwar sind die Wahlen friedlich verlaufen, aber - da es sich um geheime Wahlen handelte - Stimmenkauf konnte nicht verhindert werden.

Stimmenkauf ist in Taiwan nicht neu, allerdings war er noch nie so offenkundig wie bei diesen Wahlen. Jede Stimme kostete, heißt es, 2 bis 10 Mio. NT\$ (26,5 NT\$ = 1 US\$), auch Prestigeautos wie Mercedes-Benz wurden geboten. Um erfolgreich geworbene Abgeordnete vor der mitbietenden Gegenseite abzuschirmen, wurden sie von manchen Kandidaten vor den Wahlen auf eine kostenlose Auslandsreise geschickt oder in ein Luxushotel "interniert".

Auf starken Druck der öffentlichen Kritik leitete das Justizministerium eine Großaktion zur Klärung der Skandale ein, Verdacht auf Stimmenkauf bestand mit Ausnahme der kleinen Frontinsel Mazu in allen Kreisen und kreisfreien Städten. Bis Ende März wurde von der Staatsanwaltschaft bereits Anklage gegen die gewählten Parlamentssprecher der Kreise Taoyuan, Miaoli, Pingdong (Pingtung), die stellvertretenden Sprecher der Parlamente von Gaoxiong (Kaohsiung) und der kreisfreien Stadt Jilong (Keelung) sowie gegen mehr als 50 Abgeordnete u.a. wegen Wahlbestechung erhoben. (ZZ, 8.4.94)

Am 16. März trat der KMT-Vorsitzende des Provinzkomitees Taiwan, Tu Deqi (Tu Teh-ch'i), der die Verantwortung für die Wahlkandale übernahm, von seinem Amt zurück. Die Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) schloß am 19. März 22 ihrer Abgeordneten aus der Partei aus und verhängte gegen weitere 23, denen passive Bestechung nachgewiesen werden konnte, Disziplinarstrafen. Der DPP-Vorsitzende Shi Mingde (Shi Ming-teh) bat die Öffentlichkeit unter Tränen um Entschuldigung. (LHB, 20.3.94) -ni-

* (28)

5,9% Wirtschaftswachstum im Jahre 1993

Taiwans Bruttonutzenprodukt (BSP), d.h. der Gesamtwert aller Dienstleistungen und Güterproduktionen im In- und Ausland, ist jüngsten offiziellen Angaben des Statistikamtes (Directorate General of Budget, Accounting & Statistics, DGBAS) zufolge 1993 um 5,9% gestiegen. Dies ist die niedrigste Zuwachsrate seit drei Jahren (1991: 7,24% und 1992: 6,02%). Im letzten

November hatte DGBAS noch ein Wachstum von 6,03% für 1993 vorausgesagt. In absoluten Zahlen betrug das BSP 1993 umgerechnet 220,1 Mrd.US\$ und das Pro-Kopf-BSP 10.566 US\$, lag damit weltweit an 20. bzw. 25. Stelle.

Das DGBAS machte für das niedriger als erwartet ausgefallene Wachstum in erster Linie die globale Rezession verantwortlich. Die Exporte, von denen Taiwans Wirtschaft stark abhängig ist, hatten im letzten Jahr trotz der Abwertung der einheimischen Währung um 4,7% mit einem Wertvolumen von 84,9 Mrd.US\$ nur einen Zuwachs von 4,3% zu verzeichnen. Andererseits schnellten die Importe um 7% auf 77,1 Mrd.US\$ hoch. Damit sank der Handelsüberschuß im Vergleich zum Jahresergebnis von 1992 um 16,8% auf 7,8 Mrd.US\$, den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Im Dienstleistungsaustausch stieg der Passivsaldo um 4,8% auf 4,62 Mrd.US\$.

Das Wachstum stützte sich hauptsächlich auf den Inlandsbedarf. Aufgrund der intensiven Bemühungen der Regierung zur Verbesserung der Investitionsbedingungen und durch die Sogwirkung der öffentlichen Großprojekte erhöhten sich 1993 die privaten Anlageinvestitionen um 10,7%. Einschließlich der öffentlichen Hand hatten die Gesamtanlageinvestitionen einen Anteil von 24,8% am BSP. Auch die Direktinvestitionen Taiwans im Ausland nahmen nach drei Jahren kontinuierlichen Rückgangs (1990: -24,5%, 1991: -64,64%, 1992: -8,25%) im letzten Jahr wieder zu, und zwar um 41,7% auf ein Volumen von 2,4 Mrd.US\$. Hingegen hielten sich ausländische Unternehmen mit Investitionen in Taiwan weiterhin zurück. Die Investment Commission des Wirtschaftsministeriums in Taipei hat nach eigenen Angaben 1993 Investitionsanträge von Ausländern und Überseechinesen in Höhe von insgesamt 1,2 Mrd.US\$ genehmigt, 17% weniger als 1992. Dank der Kapitalzuflüsse aus dem Ausland in Taiwans Aktienmarkt im letzten Dezember infolge der Lockerung der Genehmigungsverfahren durch die Zentralbank wies die Zahlungsbilanz einen Überschuß von 1,45 Mrd.US\$ auf, nach einem Defizit von 639 Mio.US\$ 1992, dem ersten Fehlbetrag seit zwölf Jahren. Zum Jahresende lagen die Devisenreserven der Zentralbank bei 83,57 Mrd.US\$.

(AWSJ, 25.2.94; NfA, 7., 28.3.94; LHB, 1.3.94; *Taiwan Aktuell*, München, 7.4.94)

Ausgehend von der Hoffnung auf positive Konjunktorentwicklung in den USA, auf dem chinesischen Festland und in Südostasien erwartet das DGBAS für 1994 ein Wachstum von 6,2%. Das für die Trendbeobachtung verwendete "Signal für Konjunkturmaßnahmen", ein sich auf neun wichtigste Statistiken stützender Indikator der Wirtschaftsleistung, zeigte seit letztem Dezember drei Monate lang anhaltend "grün", was ein stabiles Wachstum bedeutet. Nach einer vom DGBAS im Februar d.J. durchgeführten Meinungsumfrage glauben 42% der befragten Unternehmer an eine weitere Verbesserung der Konjunktur in den kommenden drei Monaten, 50% meinten, die Entwicklung werde unverändert bleiben, nur 8% sagten eine Verschlechterung voraus. (LHB u. AWSJ, 29.3.94; FCJ, 1.4.94) -ni-

*(29)

Restriktiver Staatshaushalt 1994/95 vorgelegt

Der Exekutivuan (Kabinett) hat am 10. März dem Legislativuan (Parlament) den Regierungshaushaltsplan für das kommende Finanzjahr (1. Juli 1994-30. Juni 1995) vorgelegt. Er sieht ein Ausgabenvolumen von 1.051,8 Mrd.NT\$ (ca. 39,8 Mrd.US\$) vor, 1,2% niedriger als der Regierungsetat des laufenden Finanzjahres (1. Juli 1993-30. Juni 1994). Allerdings ist darin die Kapitalerhöhung von Fonds der Staatsbetriebe und nichtkommerzieller Institutionen aus Rücklagen der vergangenen Jahre nicht wie bisher eingeschlossen. Rechnet man sie hinzu, dann liegt das Volumen des Haushaltsplans um 27,4 Mrd.NT\$ oder 2,7% höher als der Etat des laufenden Finanzjahres. (ZYRB, 12.3.94) Zusammen mit Sonderhaushalten verzeichnet das Budget mit einem Volumen von 1.262,5 Mrd.NT\$ einen Anstieg von 6,6%. (NfA, 31.3.94) Die Provinz Taiwan und die provinzfremden Städte Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) eingeschlossen, überschreiten die geplanten Gesamtausgaben der Regierungen auf allen Ebenen die Marke von zwei Billionen, ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ist jedoch auf rund 30% gesunken. (LHB, 11.3.94)

Mit Ausnahme von Ausgaben für Sozialpolitik, Bildung, Wissenschaft und Kultur sind fast alle Sektoren von den Sparmaßnahmen betroffen. Der Verteidigungsetat bildet mit einem Volumen von 242,39 Mrd.NT\$ (-2%) nach wie vor den größten Posten, sein Anteil an den Gesamtausgaben der Zentralregierung ist aber im neuen Haushaltsplan gegenüber dem Budget des laufenden Finanzjahres um 0,2% auf 23% gesunken. Am stärksten gekürzt sind die Ausgaben für wirtschaftliche Entwicklung (ohne Sechsjahresplan). Für diesen Bereich sieht der neue Haushaltsplan nur noch ein Volumen von 148 Mrd.NT\$ vor, was 14,1% der Gesamtausgaben entspricht - entgegen 17% im laufenden Finanzjahr. Damit rangiert er noch hinter dem Etat für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit einem Anteil von 15,3% an den Gesamtausgaben. Drastisch angehoben sind die Ausgaben für Sozialpolitik, sie belaufen sich auf 142,18 Mrd.NT\$, 46,3% mehr als im laufenden Haushalt, ihr Anteil an den Gesamtausgaben beträgt 13,5%. 9,3% der Gesamtausgaben entfallen auf allgemeine Verwaltung, 9,2% auf Renten, 2,8% auf Subventionen, 2,4% auf Kommunalentwicklung und Umweltschutz und 9,3% auf Schuldendienst.

Für das Vortreiben der zahlreichen Infrastrukturvorhaben im Rahmen des laufenden Sechsjahresplans will die Regierung im kommenden Finanzjahr rd. 570 Mrd.NT\$ aufwenden, 48% mehr als im laufenden Haushaltsjahr. Davon sind 171,9 Mrd.NT\$ für zwölf Großprojekte und 112,5 Mrd.NT\$ für ein viertes Atomkraftwerk vorgesehen.

Da die Regierung für das kommende Finanzjahr Gesamteinnahmen in Höhe von 863 Mrd.NT\$ veranschlagt hat, 4,06 Mrd.NT\$ weniger als im laufenden Jahr, gibt es im neuen Haushaltsplan ein Defizit von 188 Mrd.NT\$. Um das Loch zu stopfen, sollen neben dem Zurückgreifen auf Haushaltsüberschüsse der vergangenen Finanzjahre weitere 170 Mrd.NT\$ an Schuldverschreibungen ausgegeben werden. (CP, 11.3.94) Der Schuldenberg der Zentralregierung steigt damit auf über 1,3 Billionen NT\$, beträgt also mehr als die Gesamtausgaben des neuen Haushaltsplans. (LHB, 11.3.94) -ni-